

SIE GINGEN, ICH
BLIEB LIEGEN.

DAS WAR MEIN
LETZTER SOMMER
IN STRAUSBERG.



IN GEDENKEN AN HANS-GEORG JAKOBSON
UND ALLE TODESOPFER RECHTER GEWALT

INHALT

EINLEITUNG.....	3
WÜRDEVOLLES GEDENKEN UND DAS UNBEHAGEN IM EIGENEN HANDELN.....	4
DER TATHERGANG.....	7
RECHTE AKTEURE HINTER DEM MORD AN HANS-GEORG JAKOBSON.....	10
KONTINUITÄTEN VON DEN 1990ER-JAHREN BIS HEUTE	
DREI PERSPEKTIVEN AUS DREI GENERATIONEN ZUM GEDENKEN AN HANS-GEORG JAKOBSON.....	16
VERMEINTLICH »ASOZIAL«.....	21
DIE NATIONALSOZIALISTISCHE VERFOLGUNG ARMER UND UNANGEPASSTER MENSCHEN	
TATMOTIV SOZIALDARWINISMUS.....	25
HISTORISCHE KONTINUITÄTEN	
OBDACHLOS IN STRAUSBERG.....	29
PERSPEKTIVEN VON JOHANNES	

DIE TEXTE IN DIESER BROSCHÜRE SPIEGELN SPRACHLICH
GESELLSCHAFTLICHE GESCHLECHTERVIELFALT WIDER.

Liebe Leser*innen,

der Titel dieser Broschüre »Sie gingen, ich blieb liegen. Das war mein letzter Sommer in Strausberg.« ist ein Zitat von Johannes, der über seine Erfahrungen als wohnungslose Person in Strausberg berichtet. Dieses Zitat schlägt aber auch eine Brücke zu Hans-Georg Jakobson, der vor 30 Jahren, in der Nacht vom 28. zum 29. Juli 1993, von Neonazis aus einer fahrenden S-Bahn geworfen wurde und am nächsten Tag seinen Verletzungen erlag. Hans-Georg Jakobson blieb auf den Schienen liegen, während seine Mörder nach wenigen Jahren Haft wieder freikamen.

Diese Broschüre soll zum 30. Jahrestag Hans-Georg Jakobsons gedenken und ist in zwei Abschnitte untergliedert. Im ersten Teil geht es um die Fragen von lokaler Erinnerungskultur, den Tathergang und um rechte Kontinuitäten in Strausberg. Es geht hierbei auch um eine Kritik der lokalen Verhältnisse, in denen rechte Strukturen normalisiert werden, aber auch um die Selbstkritik an der eigenen Gedenkpraxis, wie das Interview mit drei politisch Aktiven aus unterschiedlichen Generationen in Strausberg zeigt.

Hans-Georg Jakobson wurde aus sozialdarwinistischen Gründen getötet. Seit 1990 wurden 30 Menschen in Brandenburg durch rechte Gewalt oder Neonazis ermordet. Hinzu kommen sieben Verdachtsfälle. Ein Drittel davon war sozialdarwinistisch motiviert. Im zweiten Abschnitt geht es daher um Sozialdarwinismus als tödliche Ideologie vom Nationalsozialismus bis heute. Noch heute erfahren Menschen, die wohnungs- und obdachlos sind, Gewalt und Ausgrenzung. So endet diese Broschüre mit den titelgebenden Worten von Johannes.

Schließen möchten wir mit einem Appell, der auch das geplante zukünftige Denkmal für Hans-Georg Jakobson zieren wird und sich der Worte der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano bedient: »Gegen rechte Gewalt, Diskriminierung und rechte Ideologie – damals wie heute. Erinnern heißt Handeln!«

Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Märkisch-Oderland

Humanistischer Regionalverband Märkisch-Oderland

S5 Antifa

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen

(VVN-BdA) Märkisch-Oderland

Sie kannten Hans-Georg Jakobson oder wissen mehr über sein Leben? Wir freuen uns über Hinweise und Kontaktaufnahme unter ag-borg@horte-srb.de

Würdevolles Gedenken und das Unbehagen im eigenen Handeln

Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Märkisch-Oderland

Hans-Georg Jakobson wurde vor 30 Jahren, in der Nacht vom 28. zum 29. Juli 1993, ermordet. Viele von uns, die heutzutage das Gedenken an ihn gestalten und immer wieder daran erinnern, dass kein Todesopfer rechter Gewalt vergessen wird, waren damals Kinder oder noch nicht auf der Welt.

Wir kennen und kannten Hans-Georg Jakobson nicht. Wir wissen wenig über ihn. Das, was wir über ihn zu wissen glauben, stammt aus täterzentrierten Gerichtsakten und einigen, den Debatten der damaligen Zeit entsprechenden, Zeitungsartikeln. Wir versuchen, einzelne Puzzlestücke zusammensetzen und an eine Person zu erinnern, von der bis auf das Totenbild nach unserer derzeitigen Kenntnis nicht einmal ein Foto existiert.

Wer war Hans-Georg-Jakobson? Die Erzählungen dazu bleiben eindimensional. Die Gerichtsakten sagen, der damals 35-jährige war arbeitslos und aufgrund seines äußeren Erscheinungsbildes erkennbar, dass ein Raub nicht zum gewünschten Erfolg führen würde. Ein *Bild*-Artikel aus dem Januar 1994 beschreibt Jakobson als gelernten Bäcker und Vater zweier Kinder. Dem Bericht zufolge waren die Eltern von Jakobson beim Prozess gegen die drei Angeklagten dabei und erfuhren erst im Dezember 1993, fünf Monate nach der Tat, vom Tod ihres Sohnes. Hans-Georg Jakobsons ehemalige Partnerin und Mutter der

gemeinsamen Kinder erfuhr von seinem Tod durch den Hinweis des Jugendamts, sie könne nun Halbwaisenrente für ihre Kinder beantragen. Hier zeigt sich wiederholt, wie wenig Interesse es auf Seiten der Behörden gab und gibt, die Hinterbliebenen von Gewaltopfern zu informieren. Judith Porath vom Verein Opferperspektive e. V. konnte im Rahmen des Website-Launch »Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg« Kontakt zu der Schwester Hans-Georg Jakobsons herstellen. Diese ist leider mittlerweile verstorben. Ihre Tochter, die Nichte Hans-Georg Jakobsons, hat leider keine Fotos von oder Informationen über ihren Onkel.

Wir wissen mehr über die letzten Stunden Hans-Georg Jakobsons und über seine Mörder als über die 35 Jahre seines Lebens.

Unser Gedenken an Hans-Georg Jakobson versucht, ihn als Person in den Mittelpunkt zu rücken und auf die Gefahren durch noch immer aktive rechte Strukturen aufmerksam zu machen. Damit befinden wir uns jedoch in einem Dilemma: Wie erinnern wir an einen Menschen, über den wir fast nichts wissen? Wie mahnen wir, ohne die Täterperspektive zu übernehmen und Hans-Georg Jakobson alleinig als Opfer rechter und sozialchauvinistischer Ideologie zu sehen? Wie an ihn erinnern, ohne die grausamen Umstände und die mörderische Ideologie, die zu seinem Tod geführt haben, in den Blick zu nehmen?

Diese Fragen stellen wir uns nicht allein, sondern viele Menschen, die sich mit dem Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt beschäftigen. Thomas Billstein geht in seinem Buch »Kein Vergessen – Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945« auf das Schicksal von über 300 Todesopfern ein und betont, dass es ihm um die Erinnerung und Ehrung der einzelnen Menschen geht.¹ Ein öffentliches Erinnern an diese Menschen gibt es für die wenigsten, häufig sind ihre Namen nur deswegen bekannt, weil lokale, zivilgesellschaftliche und antifaschistische Initiativen und Bündnisse an sie erinnern. Gabriele Fischer kritisiert, dass die Vielzahl extrem rechter Morde im öffentlichen Diskurs nicht abgebildet wird, sondern immer wieder ausschließlich auf die Ereignisse von Mölln, Solingen, Rostock-Lichtenhagen, Halle und Hanau rekurriert wird. Damit soll nicht das Gedenken an die Opfer dort bagatellisiert werden, doch in einer Suchbewegung das Schlaglicht darauf geworfen, wie in einer bundesdeutschen Erinnerung an Todesopfer rechter Gewalt an vielen Stellen schlichtweg

nicht erinnert wird, sondern eine Auseinandersetzung mit diesen Taten vor Ort fehlt. Die Taten werden entpolitisiert, die Täter in den 1990er-Jahren als gewaltbereite Jugendliche, heutzutage als verwirrte Einzeltäter markiert – ohne die gesellschaftlichen Diskurse der jeweiligen Zeit in den Blick zu nehmen.²

Das überschaubare staatliche Gedenken, das es gibt, steht auch deswegen immer wieder in der Kritik. So findet seit 2013 die »Möllner Rede im Exil« im Gedenken an die Opfer des rassistischen Brandanschlages an wechselnden Orten in der Bundesrepublik statt. Der überlebende Ibrahim Arslan kritisierte die fehlende Perspektive der Betroffenen in der offiziellen Gedenkveranstaltung der Stadt. Die »Möllner Rede im Exil« stellt immer wieder die Notwendigkeit antirassistischer Organisation in den Vordergrund. Der Freundeskreis im Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln im Jahr 1992 will einer »Symphonie der Solidarität« nachgehen und so »die Vielstimmigkeit der verbundenen Verletzungen betonen, die Betroffenenperspektive



in den Vordergrund rücken und zu einer Vervielfältigung von selbstorganisierten, selbstbestimmten, solidarischen und empowernden Gedenkpraxen für eine gerechtere Gesellschaft aufrufen«.³

Kämpfen um das Gedenken, Kämpfen um Erinnerung, Kämpfen um Gerechtigkeit, Kämpfen um Veränderung – das alles hängt miteinander zusammen. Verwoben mit dem Gedenken an die Opfer dieser Gewalt ist auch immer die kritische Beschäftigung mit gesellschaftlichen Strukturen, Behördenversagen und Kontinuitäten, die sich bis heute zeigen.

Mit Blick auf die Gedenkinitiative für die Opfer des rassistischen Anschlags in Hanau im Februar 2020 betont die Autorin Ayesha Khan, dass jede Form von Solidarität und Gedenken ohne Einbeziehung von Überlebenden, Betroffenen, deren Nachkommen und Angehörigen, reine Selbstdarstellung und Profilierung sei.⁴ Diese Kritik teilen wir in Bezug auf staatliches Gedenken, welches sich einer tiefer gehenden Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Ungleichheit, Ausgrenzung und Gewalt entzieht. Doch was bedeutet dies für ein explizit antifaschistisches Gedenken? Wenn Angehörige und Nachkommen, Betroffene und Überlebende 30 Jahre nach der Tat nicht mehr zu finden sind? Ist hier das Gedenken in jedweder Form nicht wichtiger als das Vergessen, das Verdrängen, das Schweigen, das durch den Staat und die Gesamtgesellschaft vorangetrieben wird?

Was bedeutet dies für Betroffene sozialdarwinistischer und sozialchauvinistischer Gewalt, deren gesellschaftliche Ausgrenzung auch heute noch so markant ist, dass ihre Stimmen nicht gehört werden, ihre Perspektiven keinen Platz erhalten? In Bezug auf Hans-Georg Jakobson können wir uns dem damit verbundenen Unbehagen, Gedenken zu wollen (und mahnen zu müssen!) und dies aus einer nicht-betroffenen Perspektive zu tun, nicht entziehen.

Wie Gedenken auch zwei Jahrzehnte später würdevoll und betroffenenzentriert gestaltet werden kann, zeigt die vom Bundesverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. und der Opferberatung »Support« der RAA Sachsen e. V. initiierte Webdokumentation »Gegen uns«. Am Beispiel der tödlichen Gewalt gegen Wohnungslose in Greifswald, wird Klaus-Dieter Gereckes, Rainer Gereckes, Eckhard Rütz und Horst Die-drichs gedacht. Die Webdokumentation stellt die Betroffenen mit ihren Lebensgeschichten in den Mittelpunkt und skizziert auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, die zu deren Stigmatisierung beigetragen haben, sowohl in der DDR als auch in der Nachwendezeit. Die Rolle der faschistischen NPD und die Brutalität neonazistischer Gewalt wird ebenso beleuchtet wie die problematische Rolle der Justiz, die ein rechtes Tatmotiv in keinem der Fälle sehen wollte und so auch Sozialdarwinismus als Ideologieelement der Täter unbeachtet lässt.

Wir kennen niemanden, der über Hans-Georg Jakobson sprechen oder über sein Leben Auskunft geben kann. Wir wünschen uns, wir könnten so an ihn erinnern und seiner gedenken, wie es die Freund*innen von Klaus-Dieter und Rainer Gerecke getan haben. Wir können jedoch die uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um an Hans-Georg Jakobson – und mit ihm an die unzähligen Betroffenen rechter und sozialdarwinistischer Gewalt – zu erinnern: Mit jährlichen Kundgebungen, mit dem Einsatz für einen dauerhaften Gedenkort und mit dieser Broschüre. Erinnern heißt Handeln, und manchmal heißt handeln auch gegen das eigene Unbehagen anzugehen.

Sie kannten Hans-Georg Jakobson oder wissen mehr über sein Leben? Wir freuen uns über Hinweise und Kontaktaufnahme unter ag-borg@horte-srb.de

1 — Billstein, Thomas (2020): Kein vergessen – Todesopfer rechter Gewalt nach 1945. Münster: Unrast Verlag.

2 — Fischer, Gabriele (2021): (Un)doing memory – fehlendes Erinnern an Todesopfer rechter Gewalt. Rekonstruktionen anhand eines Mordes im Landkreis Esslingen 1992. In: Soziale Probleme 32, S. 151 bis 166, online verfügbar unter <https://link.springer.com/article/10.1007/s41059-021-00087-0>

3 — Freundeskreis im Gedenken an die rassistischen Brandanschläge in Mölln (2021): Möllner Rede im Exil 2021. <https://gedenkenmoelln1992.wordpress.com/2021/10/28/moellner-rede-im-exil-2021/>

4 — Ayesha Khan (2021): »Tot sind wir erst, wenn man uns vergisst«. <https://www.akweb.de/ausgaben/668/tot-sind-wir-erst-wenn-man-uns-vergisst/>

Der Tathergang

Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Märkisch-Oderland

Im Kontext der Baseballschlägerjahre kam es in den 1990er-Jahren in Brandenburg zu einem massiven Anstieg rechter Gewalt von Neonazis, die durch Brutalität und Hass gekennzeichnet war. Auch in Strausberg fand eine Vielzahl rechter Angriffe und Gewalttaten statt. Für den 35-jährigen Hans-Georg Jakobson endete einer dieser Angriffe tödlich.

Insbesondere das Vorstädter Stadtgebiet bildete einen Raum, in dem sich viele junge Nazis aus der Region frei bewegen konnten und Gleichgesinnte trafen. Von besonderer Bedeutung ist dabei der S-Bahnhof Strausberg. Die umliegenden Kneipen, Imbisse und die Fahrradaufbewahrung waren die zentralen Treffpunkte für rechte Jugendliche. Insbesondere die Fahrradaufbewahrung bildete eine beliebte Anlaufstelle, da der Besitzer selbst zur rechten Szene gehörte. Von hier aus wurden über Jahre hinweg zahlreiche Angriffe von Neonazis in der Region organisiert und verübt.

Auch die drei Täter René B., Henry G. und Thomas D. waren hier nahezu täglich unterwegs. Schon in dieser Zeit sind sie stadtbekannt und gewaltbereite Neonazis, mehrfach vorbestraft unter anderem wegen Körperverletzung. Auch sie planten regelmäßig Angriffe auf Menschen, die nicht in ihr ideologisches, zutiefst menschenverachtendes Weltbild passten und verbrachten die Abende oft mit Raubüberfällen und gewalttätigen Angriffen. So auch am 28. Juli 1993. Wie

schon so oft zuvor trafen sich die drei und planten, jemanden in der S-Bahn auszurauben. Sie betranken sich und machten sich auf den Weg. Bereits hier fällt die Äußerung, dabei »jemanden aus der Bahn fliegen zu lassen«, die nur ein paar Stunden später Wirklichkeit wurde. An diesem Abend wurden René B., Henry G. und Thomas D. zu den Mördern von Hans-Georg Jakobson.

Wenig ist über Hans-Georg Jakobson bekannt. Er war gelernter Bäcker, Vater zweier Kinder und zum Zeitpunkt der Tat vermutlich arbeits- und wohnungslos.

Am Abend des 28. Juli 1993 sitzt er schlafend in der S-Bahn Richtung Berlin. Dass die drei Täter in die Bahn steigen, nach ihrem nächsten Opfer Ausschau halten und sich ihm immer weiter nähern, bekommt Hans-Georg Jakobson nicht mit. Als einzige weitere Person im Waggon fällt die Wahl der Täter schnell auf ihn. Die Bahn fährt los und René B., Henry G. und Thomas D. Beginnen, seine Kleidung zu durchsuchen. Als bei ihm weder Geld noch Wertgegenstände zu finden sind, zerrt B. Hans-Georg Jakobson vom Sitz und setzt sich auf ihn. Alle drei beginnen nun, auf ihn einzuprügeln, treten und schlagen den am Boden Liegenden. Der durch die Schläge wach gewordene Hans-Georg Jakobson versucht vergebens, sich zu wehren, bis D. auf das vorhergehende Gespräch am Bahnhof verweist und fordert: »Den schmeißen wir raus!«

Auf den Wehrlosen einzuprügeln und ihn schwer zu misshandeln ist den Tätern in ihrem Gewaltrausch nicht genug, sie wollen ihn absichtlich so nachhaltig verletzen, dass sie den Tod billigend in Kauf nehmen. Zwei der Neonazis zerran Hans-Georg Jakobson zur offenen S-Bahn-Tür, während sie weiter auf ihn einprügeln. Hans-Georg Jakobson versucht sich noch am Haltegriff festzuhalten, doch G. tritt so lange auf seine Hand, bis sie sich löst. Zwischen Strausberg und Petershagen werfen die Neonazis Hans-Georg Jakobson aus der fahrenden S-Bahn. Nach 15 Metern bleibt er auf dem Schotterbett der Bahngleise liegen. Der Fahrer einer vorbeifahrenden S-Bahn sieht Hans-Georg Jakobson auf den Gleisen liegen und leitet eine Notbremsung ein. Als er sich nähert, bemerkt er die Hilferufe des Schwerverletzten. Hans-Georg Jakobson ist bei vollem Bewusstsein und teilt dem Fahrer sofort mit, dass er aus einer fahrenden Bahn geworfen wurde. Er wird ins Krankenhaus gebracht.

Währenddessen steigen die drei Neonazis in Fredersdorf aus und fahren zurück nach Strausberg, um zu schauen, ob ihr Opfer den Sturz überlebt hat. Dabei rauben sie zwei weitere Menschen aus.

Am Morgen des 29. Juli verstirbt Hans-Georg Jakobson an einem Blutungsschock im Krankenhaus, der durch seine schweren Verletzungen in Folge des Angriffs und des Sturzes aus der S-Bahn verursacht wurde.

Nachdem einer der später Überfallenen einen der Täter zwei Tage nach der grausamen Tat an einem Imbiss in Strausberg Vorstadt erkennt und die Polizei ruft, werden die drei Täter festgenommen. Ein halbes Jahr später, im Januar 1994, beginnt dann die Gerichtsverhandlung vor dem Landesgericht Frankfurt/Oder. Die drei Täter gestehen und werden wegen Mordes, schweren Raubes und gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Der mehrfach vorbestrafte Haupttäter René B. wird zu einer Freiheitsstrafe von acht

Jahren verurteilt, in die ein vorheriges Urteil des Kreisgerichts Strausberg wegen eines rassistischen Angriffs einbezogen wurde. Thomas D. und Henry G. werden zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt. Von den acht Jahren Gefängnisstrafe saß René Berger jedoch nur vier Jahre ab, er wurde 1998 wieder entlassen. Während seiner Haftzeit erhielt er Unterstützung durch die extrem rechte »Hilfsorganisation für nationale Gefangene« und baute nach seiner Entlassung die Kameradschaft »ANSDAPO« in Strausberg auf.

Während des Prozesses tragen die Täter und insbesondere René B. ihre rechte Gesinnung und ihr neonazistisches Weltbild offen zur Schau. Keiner der Täter zeigte sich empathisch gegenüber Hans-Georg Jakobson oder seinen Hinterbliebenen. Im Gerichtsprozess werden die Rolle von René B. als Führungsperson sowie seine Gewaltaffinität und Freude an der Angst anderer ebenso thematisiert wie die neonazistische Gesinnung der Täter. Jedoch wurde das Motiv Sozialdarwinismus ebenso wenig benannt wie der Rückschluss auf die ideologische Ausrichtung der Täter, wohnungslose und sozial ausgegrenzte Menschen als »minderwertig« zu kategorisieren. Bis heute ist Hans-Georg Jakobson kein staatlich anerkanntes Todesopfer rechter Gewalt.

Hans-Georg Jakobson wurde Opfer dieser Ideologie, er wurde Opfer von Neonazis aus Strausberg. Hans-Georg Jakobson wurde getötet, weil die drei Täter sein Leben als wertlos ansahen. Er ist Opfer einer Gesellschaft geworden, in der es überhaupt möglich ist, zwischen wertvollem und wertlosem Leben zu unterscheiden.

Noch heute kann sich René B. als Haupttäter frei in der Stadt bewegen. Auch Strausberg ist Teil rechter Kontinuitäten. Noch immer gibt es lokale Neonazi-Netzwerke, die ihre Ideologie weiter festigen und ihr zutiefst menschenverachtendes Gedankengut an neue Generationen weitergeben.

Polizeibericht

Tod nach Sturz aus der S-Bahn

Strausberg (mg) Ein unbekannter Mann hat in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag den Sturz aus einem S-Bahn-Wagon nicht überlebt. Er wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht und starb dort.

Wie die Polizei mitteilt, hat gegen 1.25 Uhr ein Straßenbahnfahrer auf der Strecke zwischen Petershagen und Strausberg-Vorstadt plötzlich einen Mann auf den Schienen liegen sehen. Er konnte die S-Bahn gerade noch stoppen. Der Mann war schwer verletzt. Die Fahrt der S-Bahn mußte für etwa eine dreiviertel Stunde unterbrochen werden.

Als Polizei und Krankenwagen kamen, konnte der Mann noch sprechen. Er nannte einen Namen und eine Adresse in Berlin. Die Polizei prüfte nach – ohne Resultat.

Erste Untersuchungen ergaben, daß der Mann seinen Sturzverletzungen erlegen ist. Von einer gewaltsamen Tötung wird zunächst nicht ausgegangen. Die Polizei vermutet, daß der Tote in der vorausfahrenden S-Bahn unterwegs war.



Job weg, Wohnung weg, Frau weg – dann kamen die S-Bahn-Mörder
Tod eines Bäckers

Hans-Jörg Jacobsen (35) hatte schon alles verloren: Familie kaputt, Job weg, keine Wohnung mehr. Nachts schlief der gelernte Bäcker aus Berlin oft in der S-Bahn. Auch am 28. Juli '93: Da kamen kurz vor Mitternacht drei junge Männer ins Abteil. Sie wollten sein Geld. Weil er keins hatte, stürzten sie ihn aus dem fahrenden Zug in den Tod.

Seit gestern steht das Mord-Trio in Frankfurt vor dem Landgericht: der arbeitslose Rene B. (20), die Lehrlinge Henry G. (18) und Thomas D. (17). Nur mühsam gelingt es Richter Gräbert, das Geschehen zu rekonstruieren: „Sie sollen gesagt haben, sich eine Tasche voll Asche besorgen zu wollen.“ Henry G.: „Ich kann mich nicht erinnern.“ Der Richter: „Sie sollen gesagt haben: Heute schmeiße ich einen aus dem Zug!“ Thomas D.: „Kann mich nicht dran erinnern.“

Dann aber packt der Älteste aus. Rene B.: „Wir haben am Bahnhof Strausberg Bier getrunken. Dann haben wir darüber geredet, Geld zu besorgen. Wir stiegen in die S-Bahn. Der Mann lag auf einem Sitz. Den nehmen wir“, sagte ich. Wir haben ihn vom Sitz gezerrt, geschlagen. Er hatte kein Geld. Weil wir sauer darüber waren, habe ich den Mann mit Thomas zur offenen Tür gezerrt, hinausgeworfen. Er hat sich

noch festgeklammert, Henry hat mit dem Fuß auf seine rechte Hand getreten. Da war er weg.“

750 Meter vor dem Bahnhof Petershagen stürzt Jacobsen auf den Schotter. Ein S-Bahn-Fahrer findet ihn um 1.25 Uhr. Jacobsen stirbt im Krankenhaus. Erster Verdacht: Selbstmord.

Das Mord-Trio steigt seelenruhig am nächsten S-Bahnhof aus, fährt zurück nach Strausberg. Und raubt dort zwei Bundeswehrsoldaten aus den Schotter. Ein S-Bahn-Fahrer findet ihn um 1.25 Uhr. Jacobsen stirbt im Krankenhaus. Erster Verdacht: Selbstmord.

Die Eltern des Toten saßen im Gericht – und deckten eine ungläubliche Schlamperei der

Behörden auf. Mutter Ruth (63): „Wir haben erst im Dezember vom Tod unseres Sohnes erfahren. Die Polizei konnte angeblich keine Angehörigen ermitteln. Damals bekam seine frühere Lebensgefährtin, die zwei Kinder von Hans-Jörg hat, Post vom Jugendamt: Sie können jetzt Halbwaisenrente beantragen.“

Bild Berlin
Berlin
Auflage in Tsd.

Landeszeitung für die

S-Bahn-Mord: Mit Faustschlägen weckten die Lehrlinge den einzigen Fahrgast

Fortsetzung von Seite 1
Grinsend betrat René Berger (20) um 9 Uhr den Saal 216 des Frankfurter Landgerichts. Gut gelaunt nahm der Mann mit dem kahlgeschorenen Kopf auf der Anklagebank neben Henry Günther (19) und Thomas Domke (18) Platz. „Die Jugendlichen haben den Tod von Hans-Georg Jacobsen bewußt in Kauf genommen“, erklärte Staatsanwalt Jörg Tegge.
28. Juli 1993: Angetrunken kamen die drei



die S-Bahn nach Berlin. Im Wagen saß nur ein Fahrgast – Hans-Georg Jacobsen. Der arbeitslose Ostberliner war eingeschlafen, merkte nicht, wie die drei auf ihn zukamen. Mit Fäusten prügelten sie ihn wach, traten immer wieder auf ihn

Auf dem Bahnhof Fredersdorf stiegen die Täter um, fuhren nach Strausberg zurück. Dort begingen sie einen zweiten Überfall. Die Opfer: Uwe M. (23) und Sven L. (22), beide Bundeswehrsoldaten. „Einer hielt mir eine Gaspi-stole an den Kopf, forderte Geld“, berichtete Uwe M. dem KURIER. Die Räuber flohen mit 50 Mark und 2 Dollar. Am nächsten Tag erkannte der Soldat Domke an einem Imbiß in Strausberg wieder – die Täter wurden festge-

Rechte Akteure hinter dem Mord an Hans-Georg Jakobson

Kontinuitäten von den 1990er-Jahren bis heute

Antifa Strausberg

Die Mörder von Hans-Georg Jakobson waren fest im neonazistischen Milieu der 1990er-Jahre in Strausberg verankert. Die Umbruchzeit der Wende wurde von rechten Gruppen und Parteien genutzt, um Anhänger zu gewinnen und ihre Ideologie zu verankern. Dabei bauten sie auf bestehenden Ressentiments auf. In Strausberg unterschied sich die Situation nicht von der in anderen Orten der früheren DDR. Der Mord an Hans-Georg Jakobson ist damit in eine gesamtgesellschaftliche Dynamik einzuordnen, die wir heute als »Baseballschlägerjahre« betiteln. Es lohnt sich, einen genaueren Blick auf die neonazistischen Strukturen und Personen der 1990er-Jahre zu werfen, da diese bis heute eine Rolle spielen.

Lose rechte Cliques

Zu Beginn der 1990er-Jahre gab es in Strausberg noch keine organisierte Neonaziszene, aber einen großen rechten Personenkreis, der regelmäßig zusammenkam. Die rechte Clique umfasste gut 30 Personen, die sich vor allem am Bahnhof und der Tankstelle in Strausberg-Vorstadt trafen. An Wochenenden sammelten sich bis zu 150 Personen aus allen größeren Städten der Region in Strausberg. Zur gleichen Zeit fingen rechte Parteien an, Nazis an sich zu binden. Am Bahnhof Strausberg-Vorstadt befand sich damals eine

Fahrradaufbewahrung. Deren Pächter sympathisierte offen mit den jungen Neonazis und bot ihnen mit einem improvisierten Bierstand einen Treffpunkt. Regelmäßig waren dort die Neonazis Andreas Blume, Björn Zander, Daniel Hermann und René Berger anzutreffen, die zu diesem Zeitpunkt bereits Führungsrollen in der losen Neonaziszene inne hatten. Die Fahrradaufbewahrung wurde der Ausgangsort für diverse Überfälle in Strausberg-Vorstadt. Menschen mit anderer Hautfarbe oder linke und alternative Jugendliche wurden regelmäßig angegriffen. So überfiel Andreas Blume 1993 einen Menschen aus Ghana am Bahnhof Strausberg. Daniel Hermann wurde wegen eines rassistischen Angriffs zu einer Haftstrafe verurteilt. Im August 1993 überfielen und töteten René Berger, Henry Günther und Thomas Domke dann Hans-Georg Jakobson.

Kameradschaftliche Organisation – Die ANSDAPO

Die Kameradschaft »Alternative Nationale Strausberg Dart-, Piercing- und Tattoo-Offensive« (ANS-DAPO) wurde 1998 von René Berger gegründet, um die zuvor eher als lose Cliques ansässigen Nazis in Strausberg zu organisieren. 1998 kam Berger vorzeitig aus dem Gefängnis frei, in dem er seit 1994 wegen des Mordes an Hans-Georg Jakobson gesessen hatte. Während seiner Haft

war Berger durch die »Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene« (HNG) betreut worden. Nach seiner Haftentlassung begann er prompt mit dem Aufbau rechter Strukturen in der Region. Unterstützung bekam er dabei von Daniel Hermann. Eine erste große Aktion der frisch gegründeten Kameradschaft war ein Rechtsrockkonzert im November 1998 in Hoppegarten. Hier waren auch Nazis der Berliner Blood- & -Honour-Strukturen vor Ort, zu denen Berger und Hermann Kontakte aufgebaut hatten. Der Erlös des Abends ging an die HNG.

Als Treffpunkt nutzten die Nazis eine Wohnung in Strausberg-Vorstadt. Das Eckhaus in der Bahnhofstraße/Ernst-Thälmann-Straße wurde auch noch Jahre danach von Nazis bewohnt und als Treffpunkt genutzt.

Die ANSDAPO trat sehr elitär auf und Bewerber um die Mitgliedschaft mussten stets ein Aufnahmeritual über sich ergehen lassen. Dies führte zwar dazu, dass die Mitgliederzahl relativ gering war, dafür die Mitglieder oft steile Gewaltkarrieren vorweisen konnten. Die Kameradschaft und ihre Mitglieder fielen dabei vor allem immer wieder durch gewalttätige Angriffe auf, insbesondere auch auf das linke Zentrum Horte. Als Symbolik nutzte die Kameradschaft eine gelb eingefärbte »Schwarze Sonne«.



René Berger Ende der 90er-Jahre bei einer Kundgebung der NPD.



Störaktion durch den „Jungsturm“ beim Gedenken an Hans-Georg Jakobson 2012
© Ney Sommerfeld

2005 wurde die ANSDAPO wegen ihrer geistigen Nähe zum Nationalsozialismus verboten.¹ Auch nach ihrem Verbot nahmen Mitglieder der ANSDAPO an Vernetzungstreffen der Neonaziszene in Berlin teil. Das Verbotsverfahren und die damit verbundene Repression hielt die Nazis nicht davon ab, ihr altes Schema fortzuführen. 2008 überfielen die Nazis den Jugendclub Strausberg-Vorstadt, der zu diesem Zeitpunkt in Trägerschaft des alternativen Jugendprojektes 1260 war. Darüber hinaus pflegten die Neonazis weiterhin eine Freundschaft und nutzten Kneipen oder Privatwohnungen als Treffpunkte. In ihrer Stammkneipe in Strausberg-Vorstadt waren die Nazis regelmäßig anzutreffen. Hier konnten sie auch aktiv junge Neonazis anwerben. So gab es eine Gruppe von etwa einer Handvoll Personen, die dem »Jungsturm«, der Jugendorganisation der ANSDAPO, angehörten. 2013 stürzte der »Jungsturm« die Gedenkkundgebung an Hans-Georg Jakobson.

Spätestens seit 2015 ist klar, dass das Verbot nicht bewirkte, dass die ANSDAPO verschwand, auch wenn sie bis dato kaum mehr öffentlich auftrat. Die Mitglieder der ANSDAPO und des Jungsturms traten bei den Demonstrationen des Brandenburger PEGIDA-Ablegers »Brandenburger für Mitbestimmung und Meinungsfreiheit« in

Strausberg (BraMM) auf. Anstelle von ANSDAPO traten sie nun unter dem Label »AO Strausberg« in Erscheinung. Auch auf der von Lars Günther (heute für die AfD im Brandenburger Landtag) organisierten rassistischen Demonstration im Dezember 2015 in Strausberg Vorstadt stellten die Neonazis der AO Strausberg die erste Reihe hinter dem Frontransparent.²

2017 waren mehrere Mitglieder der »AO Strausberg« auf dem Konzert »Rock gegen Überfremdung« in Themar dabei. Auf der Kleidung der Nazis fand sich auch das ehemalige Logo der ANSDAPO, die gelbe-schwarze Sonne. Anstelle von ANSDAPO stand darüber nun »AO Strausberg«.

Die ANSDAPO war und ist eine prägende Neonazistruktur in Strausberg. Auch wenn das Verbot ihre Aktivitäten eindämmte, so ist die Kameradschaft keinesfalls verschwunden. Ihre Akteure wohnen immer noch in Strausberg (Vorstadt) und Umgebung. Sie haben zum Teil Kinder, denen das rechte Gedankengut mitgegeben wird.



Teile der AO Strausberg in Themar 2017. Ganz rechts Björn Zander
© exif recherche

Der Märkische Heimatschutz – Parallelen zu Thüringen

Neben der ANSDAPO war vor allem der »Märkische Heimatschutz« (MHS) mit seinem Ableger in Strausberg aktiv. 2001 wurde der MHS als Reaktion auf ein drohendes NPD-Verbot gegründet und trat als Kameradschaftsnetzwerk im Nordosten von Brandenburg auf. Sogenannte Sektionen gab es in der Uckermark, in Oberhavel, im Barnim und in Märkisch-Oderland (in Strausberg). Die Sektion Strausberg wurde von Sebastian Schmidtke geleitet, die Sektion Angermünde von Christian Banaskiewicz. 2004 wurde auch eine Sektion in Berlin gegründet. Schmidtke und Banaskiewicz traten danach vermehrt in Berlin auf und kooperierten mit dortigen Strukturen.

Das Vorbild für den MHS bildete der »Thüringer Heimatschutz«. Die Organisation hatte 35 bis 50 Mitglieder. Den Schwerpunkt des MHS bildete die Teilnahme und Durchführung von Aufmärschen. Darüber hinaus wurden typische inhaltliche Felder des Neonazismus, wie Geschichtsrevisionismus und Anti-Antifa-Arbeit bedient.³

Der MHS löste sich 2006 selbst auf, um einem staatlichen Verbot zuvorzukommen. Viele Aktive des MHS schlossen sich der NPD an. Auch Sebastian Schmidtke ging zur Berliner NPD. Er pflegt in Strausberg aber immer noch eine Freundschaft zu der Band »Exzess« und zu anderen Neonazis. Richtig aktiv trat er zuletzt 2014 auf, als er im Zuge der Landtagswahlen in Strausberg um Stimmen für die NPD warb, nicht ohne dabei Antifaschist*innen anzugreifen.⁴

Rechtsrock made in Strausberg

2008 gründete sich die Rechtsrockband »Exzess« nach eigenen Angaben in ihrer Stammkneipe in Strausberg. Gründer waren Schlagzeuger Patrick Alf, Gitarrist Daniel Köhring sowie Bassist und Sänger Tobias Vogt.

Die ersten Konzerte der Band fanden im Kontext von Partei-Veranstaltungen statt, bspw. 2009 in Biesenthal bei einem Konzert des NPD-Kreisverbandes Barnim oder 2010 bei einem Open-Air der Berliner NPD in Schöneweide. 2011 veröffentlichten sie ihr erstes Album.

Spätestens 2014 gründete Exzess ihr eigenes Label »Exzess-Records« über das sie ihre eigene Musik veröffentlichten. Neben Musikproduktionen verkauften sie über das Label auch eigene Merchandise. Diese stellten sie im Textildruck Eberswalde her, der Christian Banaskiewicz gehörte. Neben eigenen Produkten wurde hier auch Merchandise für Bands wie die »Lunikoff-Verschörung« produziert, für die Tobias Vogt am Bass mitspielt.

Seit 2015 ist die Band Exzess um das Mitglied »Der Soldat« gewachsen und tritt seitdem zu viert auf. Exzess besteht seit mittlerweile 15 Jahren und hat umfangreiche Vernetzungen in rechte Strukturen. Bspw. spielte Exzess 2016 auf einem Blood- & -Honour-Konzert in Rumänien. Auch 2016 trat Exzess als Headliner bei einem der größten Rechtsrock-Konzerte in Europa der letzten Jahre auf – dem Rocktoberfest in Unterwasser in der Schweiz. Hier kamen 6 000 Neonazis für ein NSU-Unterstützerkonzert zusammen. Das Konzert wurde organisiert von der H8-Bruderschaft.

Die H8-Bruderschaft kommt aus Thüringen. Ähnlich wie beim Thüringer Heimatschutz wurde auch hier ein Brandenburger Ableger gegründet, der ca. zehn Personen umfasst. Vogt und Köhring sind beide aktiv in der H8. Beim »Rock gegen Überfremdung« in Themar 2017 reiste der Brandenburger Ableger geschlossen an und war teil der Festivalcrew.

Vogt ist außerdem aktiver Kampfsportler. Er trat bei diversen rechten Kampfsportveranstaltungen auf. Beim »Kampf der Nibelungen« wirkte er 2020 als Schiedsrichter, darüber hinaus wird ihm eine organisatorische Rolle bei dem Event nachgesagt. Als »Trainer« wurde er auch schon von den »Hammerskins« angeheuert, um Selbstverteidigungstechniken zu zeigen.

Rechte Parteistrukturen

Die ersten rechten Parteistrukturen wie die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP) oder die »Nationale Alternative« haben gleich nach der Wende Anfang der 1990er-Jahre versucht, in Strausberg und Umgebung Fuß zu fassen, indem sie Propagandamaterial verteilten und Jugendliche akquirierten. Auch Wehrsportlager, in denen Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte trainiert wurden, fanden statt. Im weiteren Verlauf der 1990er-Jahre etablierten sich vor allem

die »Deutsche Volksunion« (DVU) und die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) als neonazistische Parteien in Brandenburg und auch in Strausberg.

Im August 1998 trat erstmals die NPD im Zuge des Bundestagswahlkampfes in Strausberg auf. Auftakt war ein Infostand am Bahnhof Strausberg-Vorstadt. Mit dabei die Nazis Daniel Hermann, Björn Zander, René Berger und Andreas Blume. Im November des gleichen Jahres wurde dann ein NPD-Stadtverband gegründet. Dieser konnte in Spitzenzeiten bis zu 20 Personen mobilisieren und verbreitete viel rechtes Propagandamaterial. Da es personelle Überschneidungen zur ANSDAPO gab, wurden für die Treffen private Räume sowie eine Kneipe in Strausberg-Vorstadt genutzt.

Auch die DVU trat in Strausberg mit massiver Propaganda auf, vor allem im Zuge des Landtagswahlkampfes 1999. Der Partei gelang es jedoch nicht wirklich, Rechtsextreme zu mobilisieren, an sich zu binden und als feste Struktur zu bestehen. 2008 traten Jürgen Sieminiak und Patrick Alf für die DVU zur Kommunalwahl in Strausberg an. Sieminiak saß dann bis 2019 in der Strausberger Stadtverordnetenversammlung.

In den letzten Jahren gab es von der NPD nur vereinzelte Aktionen, wie Flugblattverteilungen. Die NPD ist seit Jahren in einem desolaten Zustand und hatte nie eine wirkliche Reichweite und schon gar keinen parlamentarischen Einfluss. Bundesweit und auch in Märkisch-Oderland hat mittlerweile »Der III. Weg« der NPD den Rang abgelaufen. Auch in Strausberg bzw. Märkisch-Oderland ist dieser Trend zu beobachten, obwohl im Landkreis noch keine festen Parteistrukturen bestehen, finden sich einige Anhänger in der Region.

Eine wirklich Präsenz hat die Partei in Strausberg und Umgebung erst 2020 bzw. Anfang 2021 entwickelt. Im November 2020 veranstaltete der III. Weg zusammen mit ca. 20 Personen ein mit Fackeln inszeniertes »Heldengedenken« zum »Volkstrauertag« auf dem Soldatenfriedhof in Strausberg. Danach war eine massive Zunahme der Aktivitäten der Partei in der Region zu bemerken. Maßgeblich hierfür verantwortlich war die Jugendgruppe »Division MOL«, die ab 2020 in der S5-Region auftrat und durch massive Propaganda und auch Gewalt aufgefallen ist.



Der Brandenburger Ableger der H8-Bruderschaft in Themar. Ganz links Christian Banaskewicz, mittig mit Sonnenbrille Daniel Köhring/© exif recherche

Ideologie und Zugang zur Szene haben die Mitglieder der »Division MOL« vor allem durch das Elternhaus bekommen,⁵ so über Andrew Ron Stelter, der 2007 in die Region zog und früher bei der Berliner NPD war und dort Jugendstrukturen aufbaute.

Die Division MOL hat sich schließlich stärker nach Berlin zur Jugendorganisation des III. Weges orientiert, zur »Nationalrevolutionären Jugend«, und ist dort weiterhin stetig aktiv. Die Mitglieder wohnen aber noch in Strausberg und Umgebung, sind auch hier nicht ganz tatenlos.

Fazit

Rechte Organisierung zieht sich durch die Geschichte von Strausberg. Auch wenn nicht immer offen aktiv, die Strukturen und Akteure sind seit Jahren präsent und halten die Szene am Leben. Bei passender Gelegenheit, sei es eine rassistische Demo oder Corona-Proteste, sind sie zur Stelle und mischen fleißig mit. Dabei sind viele Akteure in den letzten Jahren gleichgeblieben. Dass immer wieder die selben Namen auftauchen, darf nicht zu dem Trugschluss führen, dass es sich nur um wenige handelt. Die immer wieder auftretenden Personen sind Kader der Szene. Sie

haben ein Umfeld, Freunde und Kameraden um sich herum und sind nicht isoliert – auch wenn das Umfeld nicht immer bekannt ist. Außerdem zeigen rassistische Proteste immer wieder, wie anschlussfähig rechte Positionen sein können und wie aus einer Kameradschaft ein Aufmarsch mit hundert Personen werden kann.

Neben personellen Kontinuitäten zeigt sich auch, dass der Raum Strausberg-Vorstadt – und hier insbesondere eine Kneipe – immer wieder eine Rolle gespielt haben und bis heute spielen. Nun ist die Kneipenlandschaft in Strausberg-Vorstadt relativ dünn, und eine Bar taucht immer wieder auf: die Endstation. Nicht selten ist hier noch heute René Berger anzutreffen, und für so manchen Ausflug der Neonazis diente die Kneipe als Startpunkt.

Dies zeigt, wie wichtig die Kontinuität antifaschistischer Arbeit ist. Wenige Nazis hören auf, Nazis zu sein, wenn sie älter werden, sie sind in Teilen nur weniger auf der Straße präsent. In Strausberg gibt es kontinuierliche und stetig gewachsene Strukturen. Die Nazis haben sich ihre Rückzugsorte geschaffen, wo sie schwer angreifbar sind. Das Wissen über die Strukturen ist ein erster Schritt, ihnen den Raum wieder streitig zu machen.

1 – <https://infort.de/verbot-der-ansdapo/>

2 – <https://infort.de/die-ao-strausberg-alter-wein-in-neuen-schlaeuchen/>

3 – https://infort.de/wp-content/uploads/sites/30/2019/01/2005_maerkitscher_heimatschutz.pdf

4 – https://infort.de/strausberg-sebastian-schmidtke-greift-antifaschist_innen-an/

5 – <https://infort.de/division-mol-gewalttaetige-nazis-aus-rechten-elternhaeusern/>

Drei Perspektiven aus drei Generationen zum Gedenken an Hans-Georg Jakobson

S 5 Antifa

Im Rahmen dieser Gedenkbroschüre entstand die Idee unserer Gedenkinitiative, ein Gespräch mit Akteur*innen aus drei Generationen mit unterschiedlichen Perspektiven auf die Gedenkkultur durchzuführen. Hierzu trafen sich Leni, Wolfram und Elske. Das Gespräch führte Maja von der S5 Antifa.

Leni ist 17 Jahre alt, macht derzeit eine Ausbildung, engagiert sich in der S5 Antifa und bei den Jungen Humanist*innen.

Wolfram ist Rentner und engagiert sich bei der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschist*innen (VVN-BdA).

Elske ist Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Märkisch-Oderland 2 und engagiert sich in vielen zivilgesellschaftlichen Bereichen.



Maja: Der Mord an Hans-Georg Jakobson jährt sich im Juli zum 30. Mal. In den letzten Jahren hatten wir zum Teil das Gedenken an ihn schon zusammen gestaltet. 2023 wollen wir eine Broschüre zum Gedenken veröffentlichen und führen heute das Gespräch. Die Zeit der Tat ist nicht unbedeutend. Die 1990er-Jahre werden heute als Baseballschlägerjahre bezeichnet. Was ist euer Bezug zu dieser Zeit, und wie habt ihr sie erlebt?

Elske: Na ja, ich bin Jahrgang 1974, ich war zur Wende 16 Jahre alt und hab' das eigentlich alles ziemlich genau mitbekommen – diese ganze Stimmung. Ich bin in Berlin aufgewachsen, da ist es noch mal anders als in den Suburbs oder eben im ländlichen Raum, aber es war natürlich auch bei uns die Tendenz da, dass in einer Klasse Leute abgedriftet sind, Richtung rechts. Ich hatte Freunde in Cottbus, da wurde von Nazis regelmäßig der Jugendclub überfallen, sie wurden so

richtig verprügelt. Ich habe auch Freunde, die verfolgt wurden von Neonazihorden, also ich hab' das schon mitbekommen. Ich selbst war zum Glück nie Opfer in einer direkten Konfrontation, aber es spielte im Umfeld natürlich eine große Rolle, weil ich eher aus einem linken und auch in der DDR aus einem oppositionellen oder kirchlichen Ambiente kam. Ich hatte auch viele Freunde in der Hausbesetzerszene in Berlin der 1990er-Jahre, und es war natürlich eine totale Konfrontation: Es war da sozusagen an der Tagesordnung, dass Nazis die Bude gestürmt haben und dass die sich richtig verkloppt haben, also das war krass. Was sich allerdings hier in Strausberg für schlimme Sachen zugetragen haben, das habe ich nicht so mitbekommen in Berlin. Also zum Beispiel, dass Leute hier teilweise totgeprügelt oder aus der S-Bahn geworfen wurden, das habe ich damals nicht mitbekommen.



In den letzten zwei Jahren gestalteten die S5-Antifa und der VVN zusammen mit anderen das Gedenken an Hans-Georg Jakobson

Wolfram: Ich bin Jahrgang 1947, zur Wende war ich 43 Jahre alt. Ich komme aus einem antifaschistischen Elternhaus. Ich hab' mich früh mit dem antifaschistischen Widerstandskampf, im Prinzip durch meinen Buchenwald-Besuch damit identifiziert. Ich habe auch in der FDJ und in der SED meinen Beitrag geleistet. Ich habe von den Baseballschlägerjahren aber erst einige Jahre später erfahren. Also erst in den letzten zehn oder 15 Jahren. Dass es so was gegeben hat, wusste ich, aber diese Zeit 1990 und später war in meiner Generation dadurch geprägt, dass man einen vollkommenen Bruch in der Biografie hatte, man musste sich beruflich völlig neu orientieren. Ich bin diplomierter Militärwissenschaftler, habe als Wachmann 1992 angefangen zu arbeiten, bin nach einer Umschulung in einen Anlernberuf, also von früh bis abends unterwegs gewesen. Die ganze Woche über auswärts. Ich habe das Geschehen, das politische Geschehen nicht von innen heraus verfolgen können, aus einer Partei oder einer Organisation heraus, sondern nur von außen über das, was in den Medien, gekommen ist. Und das war wenig. Ich habe zwar gewusst, dass hier jemand aus der S-Bahn gestoßen wurde, hatte aber keine Hintergrundinformationen dazu, zu diesem Fall Hans-Georg Jakobson, den ich jetzt doch genauer kenne. Und so hat sich das im Prinzip fortgesetzt, bis ich dann aus dem Berufsleben ausschied, mich intensiv wieder in der Partei und der antifaschistischen Szene einbringen konnte. Hierüber habe ich dann die Thematik intensiv kennengelernt und meine Schlüsse draus gezogen: »Aha, hinter der und der Sache verbirgt sich die und die Information, die du damals gehabt hast, aber nicht einordnen konntest«. Kurz gesagt: Die großen Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen, die Verfolgungsjagd, die in Guben stattgefunden hat, Amadeu Antonio aus Eberswalde, die kannte ich, aber das kannte ich, wie gesagt, aus den öffentlichen Medien. Persönliche Erlebnisse hatte ich in der Zeit nicht, weil ich hier nicht vor Ort war.

Leni: Ich bin 2006 geboren, also eigentlich genau gegen Ende. Ich hab' davon gar nichts mitbekommen die letzten Jahre. Ich war ein ganz kleines Kind, hatte nichts mit Jugendlichen zu tun, und hab' davon nichts mitbekommen. Ich kenne halt die ganzen gruseligen Geschichten, ich kenn' die ganzen gruseligen Nacherzählungen, wie es war. Mit der Zeit hab' ich sonst eigentlich so gar keine Verbindung. Was aber vielleicht auch damit zu

tun hat, ist einfach die Generation danach, die ganzen Kinder der Menschen, die jetzt auch alle in die Richtung gehen, und mit denen wir Jugendlichen jetzt halt auch zu tun haben. Definitiv nicht mehr in dem Ausmaß, also ich denke, man kann gut sagen, es hat sich beruhigt ein bisschen.

Maja: *Welchen Bezug habt ihr selbst zu antifaschistischer Gedenkpoltik?*

Leni: Da fang' ich einfach mal an. Ich bin selbst noch nicht lange aktiv. Das geht bei mir jetzt so ein Jahr, wenn es hoch kommt, aber ich finde, ich habe in dem Jahr schon viel mitgemacht. Es gibt auch für meine Generation total viele Möglichkeiten, es gibt ganz viele Jugendangebote, in der Schule und der Freizeit, ganz viele Bildungsmöglichkeiten, und daran habe ich eben teilgenommen und bin darüber auch so mit reingerutscht. Ich bin ja zum Beispiel in der Jugendgeschichtswerkstatt in Strausberg dabei, da haben wir Stolpersteine verlegt und eine Gedenkstättenfahrt gemacht. Jetzt bin ich hier in der Initiative, da bin ich ja auch über die Jugendgeschichtswerkstatt mit reingekommen. Ich habe beim Gedenkspaziergang zum 27. Januar von der S5 Antifa mitgemacht. Also viel Lokales.

Elske: Bei mir ist es so, ich bin ja in der DDR aufgewachsen und auch zur Schule gegangen, hab' also diese antifaschistische Erinnerungskultur in der DDR erlebt – dadurch ist man natürlich auch geprägt. Andererseits – und ich meine, auf diese Diskussion wird's ja vielleicht auch hinauslaufen in unserem Gespräch –, ist es richtig, die Kinder zu zwingen, in ein ehemaliges Konzentrationslager zu gehen – so war es ja auch früher in der DDR. Ist es sinnvoll? Kann das sozusagen was triggern, eine Empathie, Sensibilisierung? Da ist meine Meinung, ich glaube, es kann nicht schaden, also es kann jetzt nicht bei Leuten eine größere Antistimmung als sie sowieso schon da ist, verbreiten. Und bei ein paar Leuten könnte das auch eine Initialzündung bewirken. Aber das ist ja nur ein Teil der Gedenkkultur, mit der ich auch aufgewachsen bin.

Wolfram: Ich habe ja, wie gesagt, meine gesamte Schulzeit in der DDR verbracht, aber die wesentlichsten Impulse kamen vom Elternhaus. Das erste Erlebnis war eigentlich die Jugendweihfahrt nach Buchenwald. Im Anschluss daran habe ich mich als Jugendlicher viel mit Literatur

beschäftigt, zum Beispiel »Nackt unter Wölfen«. In der DDR wurde viel staatlicherseits getan, es ist aber die Frage, ist denn eine Tiefe da gewesen? Der Tenor war: Ja, der Staat macht das schon, da gehen wir halt hin, aber ansonsten muss ich persönlich nichts weiter beitragen. Ich muss mir nicht weiter mein Wissen vertiefen oder muss auch nichts dafür organisieren – das wird für mich alles gemacht. Und dem sind wir sicherlich zum Opfer gefallen nach der Wende. Da war dann dieser Staat weg, der das für uns gemacht hat, dann mussten die Organisationen machen. Organisationen wie Horte oder die VVN im Osten mussten daran erst wachsen. Und da hab' ich dann auch erst meinen Bezug her: Der Staat hat alles gemacht, bin ich hingegangen, und auf einmal war dann das Loch da. Da habe ich gar nichts mehr gemacht, und erst über die Partei kam ich dazu, und dann später über die VVN, so eine Sache selbst zu organisieren.

Maja: *Der Mord an Hans-Georg Jakobson passierte nicht im luftleeren Raum, die anderen neonazistischen Morde ebenfalls nicht. Dahinter steckten tief in der Gesellschaft verankerte Ausgrenzungsmechanismen. Sozialdarwinismus, und die Morde an anderen Obdachlosen wurden lange in der Aufarbeitung ausgelassen. Wie seht ihr die gesellschaftliche Verankerung von Sozialdarwinismus damals und heute?*

Elske: Auch heute ist es immer noch so: »Du Assi«, »Du Penner« oder was weiß ich, alles Schimpfwörter, auch unter den Jugendlichen. Also das ist noch total da, aber ich glaube, dass es damals wirklich extrem war in diesen Umbruchszeiten, weil in der DDR kannte man das ja so gar nicht. Im Straßenbild waren diese Menschen nicht vorhanden, die wurden gleich weggekascht. Und diese jungen Männer, die da in den 1990ern anfällig waren für diese brutale rechtsextremistische Ideologie, die haben jemanden gesucht, dem es noch schlechter geht. Also der noch weniger Wert ist, als sie sich gefühlt haben wahrscheinlich. Ich will das hier überhaupt nicht relativieren oder verteidigen oder so was, aber das waren tiefgehende Minderwertigkeitskomplexe sowie Orientierungslosigkeit, und dann ist es am einfachsten, da zuzuschlagen, wo sowieso die Menschen am Rande der Gesellschaft sind. Also ich

glaube, dass es auch immer noch sehr tief in der Gesellschaft verwurzelt ist.

Leni: Das was du am Anfang gesagt hast, diese Normalität, ich glaube, das ist definitiv immer noch in unserer Gesellschaft so vertreten. Das wird Kindern ja auch beigebracht, auch wenn es nicht so sein soll, von irgendwo bekommen die es immer mit. Was man früh lernt, das behält man. Ich glaub', unsere Gesellschaft hat da noch viele Baustellen, dass man von dieser Normalität wekommt.

Wolfram: Seitdem ich mich mit dieser Sache im Rahmen der VVN beschäftige, Stichwort Sozialdarwinismus, fallen mir auch einige Parallelen zur DDR ein: Ich kenne aus meiner Jugend den Begriff »Gammler«. Das waren Leute, heute sagt man, »die wollten anders leben«, und diese wurden deshalb von den Nazis verfolgt. Sie wurden damals als Gammler abgewertet, Arbeitsscheue, die nicht arbeiten wollten. Es wurde gesagt, wenn du in der DDR leben willst und Geld möchtest, dann musst du dafür auch was leisten. Und die Chance, dass man eine Arbeit kriegte, die war ja nun ungleich höher, als das heutzutage der Fall ist. Wer nicht arbeiten wollte, wurde dazu gezwungen, indem man ihn beauftragte zu arbeiten. Gerade in den 1990er-Jahren, wo es vielen schlecht ging und niemand wusste, wie es weitergeht, war plötzlich jemand da, dem es so schlecht geht, dass ich erst mal meine ganze Wut über dieses Schicksal, was ich erlebt habe, an dem auslassen konnte. Und das ist ein zutiefst primitives menschliches Denken, sich an jemandem zu vergehen, der noch schwächer ist als ich selber.

Maja: *Lasst uns zur letzten Frage übergehen: Warum engagiert ihr euch mit für ein Gedenken? Warum erst jetzt?*

Elske: Also ich habe von dieser Tat erst durch die Gedenkinitiative hier Kenntnis erhalten. Ich muss auch sagen, es ist nicht mein Bereich, ich wohne ja nicht mal in dem Landkreis, bin aber hier Landtagskandidatin. Also seit drei Jahren ist mir der Fall vertraut. Der Grund, warum ich überhaupt politisch aktiv geworden bin, ist eigentlich, um mich gegen die AfD, gegen Nazis und Rechts-extreme zu stellen.

Wolfram: Meine Motivation ziehe ich im Prinzip aus dem Schwur der Buchenwald-Häftlinge: »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg.« Damit konnte ich selbst was anfangen. Und verstärkt hatte mein Engagement, als ich sah, dass es gesellschaftlich wieder eine Entwicklung gibt, die das gar nicht mehr völlig ausschließt, dass man in dieses Muster zurückfallen könnte, des faschistischen Staates.

Leni: Ich persönlich engagiere mich so viel, weil ich das Vergessen ganz schlimm finde. Einfach das Vergessen, was passiert ist, und auch, weil diese Tat 30 Jahre zurückliegt und dass so was genau in der Mitte der Gesellschaft passiert ist. Es ist total wichtig, dass darauf aufmerksam gemacht wird und einfach die breitere Masse, die sich damit nicht jeden Tag auseinandersetzt, darauf aufmerksam gemacht wird.

Elske: Zum Schluss aber noch was Positives. Ich glaube doch daran, dass es besser wird. Ich glaube, dass die Menschen auch daraus gelernt

haben. Und ich glaube auch, dass der Holocaust nicht in Vergessenheit gerät, jetzt wo die Zeitzeugen alle sterben. Ich glaube, dass wir da schon gelernt haben.

Wolfram: Und ich bin optimistisch, dass wir eine junge Generation haben, die nicht zu Hunderten, aber zu Dutzenden zu dieser Sache dazustoßen wird und vor allen Dingen, dass sie in den Gedenkinitiativen mitwirken.

Leni: Ich bin da auch positiv gestimmt. Ich denke, es ist auf jeden Fall sehr wichtig und ich finde es super, dass das auch so groß aufgezogen wird mit Eröffnungsveranstaltung und einer ganzen Broschüre sowie Streitgesprächen und vor allen Dingen jetzt auch diese Beleuchtung aus den drei verschiedenen Generationen. Und ich finde es total spannend, sich damit auseinanderzusetzen, wie sich das gegenseitig beeinflusst, wie wir darauf aufbauen können, was wir verbessern können, auch heutzutage definitiv noch.



Kranzniederlegung durch die S5-Antifa beim Gedenken 2022



Vermeintlich »asozial«

Die nationalsozialistische Verfolgung armer und unangepasster Menschen

Merle Stöver

Als Kreisverband der VVN-BdA Märkisch Oderland sind wir seit mehreren Jahren am Gedenken an Hans-Georg Jakobson beteiligt. Als »asozial« stigmatisierte Menschen wurden lange Zeit in der VVN-BdA nicht als Opfergruppe anerkannt. Das ist ein Teil unserer Geschichte der wir uns offensiv stellen müssen. Wir freuen uns sehr, dass wir Merle Stöver für diesen eindrucksvollen Beitrag gewinnen konnten, denn auch hier fehlte uns das Wissen.

Der Kreisvorstand der VVN-BdA Märkisch Oderland

Bereits wenige Monate nach der Machtübertragung an Hitler und dem Machtantritt der NSDAP führten die Nationalsozialisten die erste reichsweit organisierte Razzia durch. Im September 1933 durchkämmten Polizei und SA tagelang öffentliche Plätze, Kneipen und Nachtasyle. Sie verhafteten Zehntausende. Propagandaministerium und Presse begleiteten diese »Bettlerrazzia« mit einer umfassenden Kampagne: Sie verbreiteten das Bild vermeintlich »berufsmäßiger Bettler«, die »arbeitsscheu« seien, sich angeblich an Almosen bereicherten und nicht tatsächlich bedürftig seien. Die Menschen, die in jenen Septembertagen festgenommen und in Gefängnisse verschleppt wurden, galten den Nationalsozialisten als »asozial« – als »Schädlinge«, von

denen die »Volksgemeinschaft« zu befreien sei. Die meisten von ihnen kamen nach wenigen Wochen aus der Haft frei. Andere überstellten die nationalsozialistischen Behörden im Anschluss in Arbeitshäuser und (teils noch provisorische) Konzentrationslager.

Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt war die Gegenüberstellung der als »asozial«, »minderwertig« und »kriminell« Stigmatisierten und der Vorstellung der »Volksgemeinschaft« schon eindeutig. Eine zentrale Rolle dafür spielte das protestantische und von den Nationalsozialisten auf die Spitze getriebene Arbeitsethos: Zur »Volksgemeinschaft« gehörten nur die »ehrlich Arbeitenden«, die im »Schweiße ihres Angesichts« Dienst an der Gemeinschaft verrichteten, die »Soldaten der Arbeit«. So nahmen die Nationalsozialisten neben Jüd*innen, Rom*nja und Sinti*zze, politischen Gegner*innen, Menschen mit Behinderungen und Homosexuellen also auch Menschen aufgrund der sozialen Herkunft oder eines vermeintlich abweichenden Verhaltens ins Fadenkreuz. Sie waren zudem überzeugt, dass angebliche »Minderwertigkeit« und Kriminalität vererbbar und damit eine Gefahr für die »Volksgemeinschaft« seien.

Die Behörden kontrollierten und schikanierten Frauen, die als Prostituierte arbeiteten oder die der Prostitution bezichtigt wurden, kinderreiche Familien, Jugendliche, die sich der »Hitlerjugend« oder dem »Bund deutscher Mädel«

verweigerten, und Menschen, die beispielsweise unterhaltssäumig waren, nicht oder verspätet zur Arbeit erschienen oder auf der Straße um Almosen baten. Den Betroffenen wurde jedes Recht auf Selbstbestimmung genommen. Das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« ermöglichte den Nationalsozialisten bereits 1933, Zwangssterilisierungen vorzunehmen. Viele Menschen, die nicht dem Ideal der deutschen »Volksgemeinschaft« entsprachen, wurden aus ihrem sozialen Umfeld gerissen und in Arbeitshäusern oder Fürsorgeanstalten untergebracht. Auf eine eindeutige Definition dessen, wer als »asozial« galt, einigte man sich indes nie, und der entsprechende Entwurf eines »Gemeinschaftsfremdengesetzes« wurde nie verabschiedet.

Tatsächlich haben die Betroffenen außer der Erfahrung polizeilicher und behördlicher Kontrolle, Schikane und Gewalt nichts gemeinsam: Anders als andere Verfolgte verband sie weder Glaube, Kultur und Sprache noch eine Überzeugung. Sowohl in der Gesellschaft als auch in den Lagern erlebten sie Vereinzelung und Verleugnung. Auch die nationalsozialistische Verfolgung vermeintlich »Asozialer« verlief anders als die anderer. Viele von ihnen wiesen die Behörden als angeblich »minderwertig« nicht in Konzentrationslager, sondern in Arbeitshäuser, Anstalten, Kliniken und andere Zwangseinrichtungen ein. Oft ergriffen die Kommunen die Initiative und errichteten separate »Asozialsiedlungen«, in denen die Menschen unter polizeilicher Kontrolle leben und Zwangsarbeit verrichten mussten. Diese Siedlungen hatten eine Scharnierfunktion: Manchen wurde bei »guter Führung« eine Rückkehr in normale Wohnverhältnisse versprochen, anderen drohten Zwangssterilisation und die Verschleppung in ein Konzentrationslager.

Ab 1937 gingen die Nationalsozialisten systematischer vor. Mit dem Grunderlass »Vorbeugende Verbrechensbekämpfung« legten sie im Dezember 1937 den Grundstein eines umfassenden Kontroll- und Verfolgungssystems. Reichsweit hatte die Kriminalpolizei nun Zugriff auf Menschen, die als »Asoziale« stigmatisiert wurden. Der Grunderlass beinhaltete zwei maßgebliche Instrumente: Erstmals lag eine reichseinheitliche Regelung der »Vorbeugungshaft« vor. Diese konnte die Kriminalpolizei gegen angebliche »Gewohnheitsverbrecher« und vermeintlich »Asoziale« verhängen: Ohne ordentliches Gerichtsverfahren wurden Menschen in Konzentrationslager überstellt. Das

zweite Instrument ist die »polizeiliche planmäßige Überwachung«. Auch hier bedurfte es keines richterlichen Beschlusses mehr, um Menschen unter die Kontrolle der Kriminalpolizei zu stellen. Sie mussten strenge Auflagen erfüllen und sich beispielsweise wöchentlich bei der Polizei oder dem Gesundheitsamt melden, durften nachts die Wohnung nicht verlassen oder zu bestimmten Personen keinen Kontakt aufnehmen. Verstöße gegen diese Auflagen bestrafte die Polizei hart. Von der »polizeilichen planmäßigen Überwachung« waren vor allem Frauen betroffen, denen die Nationalsozialisten einen »liederlichen Lebenswandel« vorwarfen – also Frauen, die beispielsweise als Prostituierte arbeiteten oder für solche gehalten wurden.

Basierend auf dem Grunderlass »Vorbeugende Verbrechensbekämpfung« verhafteten Gestapo und Kriminalpolizei im April und Juni 1938 etwa 10 000 Menschen und verschleppten sie in die Konzentrationslager Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau. Diese Massenverhaftungen der »Aktion Arbeitsscheu Reich« richteten sich vorrangig gegen vorbestrafte Männer, darunter viele Juden sowie Roma und Sinti. Sie belegen eine erneute Radikalisierung. In den Konzentrationslagern bildeten die Festgenommenen kurzzeitig die größte Häftlingsgruppe – erkennbar an dem ihnen später zugewiesenen schwarzen Winkel. Mit dem deutschen Überfall auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges verschärfte die Nationalsozialisten die Verfolgung ein weiteres Mal: Ab 1940 errichteten sie euphemistisch als »Jugendschutzlager« bezeichnete Konzentrationslager – eines davon 1942 in der brandenburgischen Uckermark in unmittelbarer Nähe zum Frauenkonzentrationslager Ravensbrück – und internierten dort widerständige, unangepasste oder angeblich »schwachsinnige« Jugendliche und führten Zwangsuntersuchungen sowie Zwangssterilisierungen an diesen durch. Zeitgleich begann mit der Mordaktion »14f13« die gezielte Ermordung von Menschen, die von den Nationalsozialisten als »asozial« verfolgt wurden: KZ-Häftlinge, die als nicht mehr arbeitsfähig galten, wurden in die Tötungsanstalten der Kranken- und Patient*innenmorde (»Euthanasie«) verschleppt und dort ermordet. In einem Abkommen zwischen Reichsführer-SS Heinrich Himmler und Reichsjustizminister Otto Thierack vom September 1942 wurde der Vernichtungswille eindeutig formuliert. Darin beschlossen sie, dass »asoziale Elemente aus dem Strafvollzug [...]



Stolpersteine am Alexanderplatz für Otto Bülow, Joachim Ebel, Paul Kobelt, Willi Kochannek und Karl Otto Mielke

an den Reichsführer SS zur Vernichtung durch Arbeit ausgeliefert werden«. Auf dieser Grundlage überstellten die Justizbehörden etwa 20 000 Gefangene in Konzentrationslager.¹

Wie viele Menschen die Nationalsozialisten als »Asoziale« verfolgt haben, kann angesichts der unterschiedlichen Verfolgungsinstrumente und -wege nur geschätzt werden: Der Historiker Patrick Wagner schätzt die Zahl der als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« Verfolgten allein in den Konzentrationslagern auf 70 000 bis 80 000.² Dabei nicht erfasst sind all diejenigen, die in Gefängnissen, Arbeitshäusern, Psychiatrien, »Asozialsiedlungen«, Fürsorge- und Versorgungsheimen und anderen Zwangseinrichtungen weggesperrt wurden, Zwangsarbeit verrichten mussten und anderweitig der Gewalt der Nationalsozialisten ausgesetzt waren.

Für die Überlebenden endete das Leid jedoch nicht mit dem Sieg der Alliierten und der Kapitulation der deutschen Wehrmacht: Beide deutschen Nachkriegsgesellschaften verweigerten ihnen die Anerkennung als Opfer bzw. Verfolgte des Nationalsozialismus und nur wenige erhielten Entschädigungen für das Leid, das ihnen angetan wurde. Selbst frühere Mithäftlinge verweigerten ihnen die Solidarität. Und auch die Verdrängung und Kriminalisierung setzten sich bruchlos fort: Diejenigen Täter*innen, die an der Verfolgung der als »asozial« Stigmatisierten beteiligt waren,

konnten in der BRD und oft auch in der DDR ihre Karrieren als Polizist*innen, Beamt*innen und Fürsorger*innen fortsetzen. Beide Staaten gingen gegen vermeintliche »Arbeitsbummelei« mit Maßnahmen der »Arbeitserziehung« vor – in der DDR drohten auf Grundlage des »Asozialenparagrafen« gar Haftstrafen.

Letztendlich erkannte der Deutsche Bundestag die als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« Verfolgten erst im März 2020 – 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges – als Opfer des Nationalsozialismus an. Die meisten Betroffenen erlebten diese Entscheidung nicht mehr. Mit einer Ausstellung und Mitteln zur Biografieforschung will der Bundestag nun an die verleugneten Opfer erinnern. Doch was dieser Beschluss und die historische Auseinandersetzung nur bedingt antasten können, sind diejenigen Kontinuitäten, die weit über die langen Linien der Verleugnung der Opfer hinausweisen: Die Zentralität der Erwerbsarbeit spiegelt sich noch heute in dem Grundsatz des »Förderns und Forderns« der Hartz-Gesetze, der peniblen Kontrolle und Sanktionierung Arbeitsloser und den Leistungskürzungen selbst unterhalb des Existenzminimums. Dass in Deutschland Menschen in Armut leben oder wohnungs- oder obdachlos sind, ist kein Naturgesetz – es ist das Ergebnis politischer Entscheidungen und Überzeugungen.

1 — Vgl. Hans-Peter Klausch: »Vernichtung durch Arbeit« – Strafgefangene der Emslandlager im KZ Neuengamme. In: Ausgegrenzt. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Band 11. KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), Bremen, 2009.

2 — Vgl. Patrick Wagner: Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Wallstein-Verlag, Hamburg, 1996.



Tatmotiv Sozialdarwinismus

Historische Kontinuitäten

Antonia Meißner

Die Abwertung, Ausgrenzung und Gewalt gegenüber vermeintlich »sozial schwachen« Personen ist keinesfalls ein neues Phänomen. Vielmehr reichen diese über mehrere Jahrhunderte zurück und fanden im Nationalsozialismus mit der systematischen Verfolgung sogenannter Asozialer einen grausamen Höhepunkt.

Die Kriminalisierung und Ausgrenzung von obdachlosen, als deviant markierten und anderen als »sozial unangepasst« geltenden Menschen endete nach 1945 nicht. Bis 1974 blieb in der BRD eine Rechtsnorm in Kraft, auf Grundlage derer Obdachlose zeitweise sogar unbefristet inhaftiert und zwangsuntergebracht werden konnten. Die Zwangseinweisung in Arbeitshäuser und ähnliche Einrichtungen war bis 1969 eine gängige Praxis in der BRD. Auch in der DDR wurden obdachlose Menschen weiterhin als »Asoziale« kriminalisiert. Mithilfe des Paragraphen 249 des Strafgesetzbuches der DDR, konnten ihnen Aufenthaltsbeschränkungen auferlegt, eine Arbeitsplatzpflicht erteilt, oder sie gar in Arbeitslagern inhaftiert werden.

Die »Baseballschlägerjahre«

Die 1990er-Jahre waren geprägt von einer Welle extrem rechter Gewalt. Die Namen von Orten wie Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen wurden in gewisser Weise zur Chiffre für

die vielerorts rechte Dominanz und die Gewalt gegen alle, die nicht in das extrem rechte Weltbild passen. Auch in Brandenburg schufen Neonazis ein Klima der Angst, Orte wie Schwedt, Guben oder Cottbus wurden bekannt als »Terrortowns«. Für alternative Jugendliche, Migrant*innen, People of Color und Obdachlose waren Angriffe und Gewalt durch Neonazis oftmals alltäglich.

In vielen Fällen zogen organisierte Neonazigruppen los, um nach ihren Worten »Assis zu klatschen«. Ein Beispiel dafür ist der Mord an Rolf Schulze. Der 52-Jährige wurde im November 1992 von drei Neonazis ermordet, von denen mindestens zwei in der »Nationalistischen Front« (NF) organisiert waren. Die beiden patrouillierten bewaffnet am Bahnhof Schönefeld, um »Penner zu verscheuchen«. Sie trafen auf den schlafenden Rolf Schulze, lockten ihn in ihr Auto und fuhren mit ihm und dem dritten Täter an den Kolpinsee, wo sie ihn brutal folterten und ermordeten.

Viele der Gewalttaten gegenüber obdachlosen Menschen sind und waren von einer besonderen Brutalität gekennzeichnet. So erstrecken sich diese oft über einen sehr langen Zeitraum und gehen mit Folter einher. Dies liegt zum einen an der starken Entmenschlichung der Opfer. Zum anderen halten die Täter*innen oft eine strafrechtliche Verfolgung für wenig wahrscheinlich – das Opfer war schließlich »nur« ein Obdachloser.

Acht der 23 bekannten¹ Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 in Brandenburg wurden aus sozialdarwinistischen Motiven ermordet – davon sechs in den 1990ern: Wolfgang Auch, Emil Wendland, Rolf Schulze, Horst Hennersdorf, Ernst Fisk und Hans-Georg Jakobson. Dieter Manzke wurde im Jahr 2001 ermordet und Bernd Köhler im Jahr 2008.

Oftmals wurde die extrem rechte Motivation für die Morde in den Gerichtsverfahren gegen die Täter/innen verharmlost oder ignoriert – so auch bei Hans-Georg Jakobson. Obwohl im Prozess mehrfach die menschenverachtende Ideologie der Täter zur Sprache kam, sah das Gericht den versuchten Raub als hauptsächliches Motiv für den Mord an.

Dieser Umstand ist symptomatisch für den Umgang mit der extrem rechten Gewalt in den 1990er-Jahren. Neonazistische Taten wurden geleugnet, entpolitisiert und verharmlost, die Erfahrungen von Betroffenen ignoriert. So wurde beispielsweise nach dem Mord an Gerd Himmstädt durch eine Gruppe neonazistischer Jugendlichen im Dezember 1991 der rechten Szene in Schwedt ein Gesprächsangebot gemacht und im Gerichtsprozess die »Orientierungslosigkeit« der Jugendlichen in der Wendezeit als ursächlich für die Tat angesehen.

Auch wenn die Bedrohung durch organisierte Neonazis im Vergleich zu den 1990er-Jahren nachgelassen hat, existieren bis heute (insbesondere im ländlichen Raum) noch immer derlei Angsträume. Gerade mit dem Aufkommen der rassistischen Proteste gegen Geflüchtete in den 2010er-Jahren zeigte sich, dass menschenverachtende Einstellungen nach wie vor auf fruchtbaren Boden fallen. Auch heute werden Obdachlose immer wieder Opfer rechter Gewalt und nach wie vor wird das sozialdarwinistische Tatmotiv in vielen Fällen ignoriert.

Und heute?

Im Hinblick auf rechte sozialdarwinistische Gewalt lässt sich sagen, dass die Täter von heute in den seltensten Fällen organisierte Neonazis sind. Vielmehr handelt es sich um nicht in extrem rechten Gruppen organisierte junge Männer, die in Gerichtsprozessen immer wieder angeben »aus Spaß« gehandelt zu haben. Mit den Tätern der 1990er-Jahre haben sie gemein, dass sie vermeintlich »sozial Schwächere« herabsetzen und als »minderwertig« betrachten.

Diese Einstellung ist geknüpft an eine gesellschaftliche Struktur, die Arbeit und Leistung an die oberste Stelle setzt. So weist Lucius Teidelbaum darauf hin, dass Sozialdarwinismus eng mit kapitalistischen Gesellschaftsordnungen verknüpft ist: »Sozialdarwinismus basiert auf dem Arbeitsethos und dem Leistungsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft«.²

Das neoliberale Glücksversprechen führt zu der Annahme, dass jede Person selbst für ihr Glück und ihren Wohlstand verantwortlich ist und dass somit Menschen, die von Armut betroffen sind, diesen Umstand selbst verschuldet hätten. Menschen werden anhand ihrer Leistungsfähigkeit in ihrem Wert für die Gesellschaft bemessen. Dieses Prinzip wird auch als »marktförmiger Extremismus« beschrieben.

Aber auch die öffentliche Repräsentation von obdachlosen, erwerbslosen und armen Menschen führt zur Verfestigung von negativen und menschenverachtenden Stereotypen. So wird beispielsweise in Formaten des »Reality-TV« das angebliche Leben in ärmeren Milieus dargestellt. Die Protagonist*innen werden dabei lächerlich gemacht und gedemütigt. Es lassen sich darüber hinaus noch unzählige weitere Beispiele finden.

Wie weit sozialdarwinistische Ansichten in der Gesellschaft verbreitet sind, führt die »Mitte-Studie« der Friedrich-Ebert-Stiftung deutlich vor Augen. In der Untersuchung 2020/2021 stimmten 21 Prozent der Befragten der Aussage zu: »Langzeitarbeitslose machen sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben«, und jede*r Zehnte befürwortete die Vertreibung von Bettler*innen aus Fußgängerzonen.³

Zudem zeigt sich in einer Untersuchung von Daniela Pollich, dass obdachlose Personen meist an öffentlichen, zentralen Orten attackiert werden.⁴ Diese Auswahl der Tatorte durch die Täter*innen könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Täter*innen nicht durch mögliche Zeug*innen abgeschreckt werden, weil sie sich gesellschaftlich legitimiert fühlen, Gewalt auszuüben, sozusagen als Vollstrecker*innen des »Volkswillens«.

Dazu trägt auch die strukturelle Ausgrenzung und Stigmatisierung obdachloser Menschen bei. Die Vertreibung von Bahnhöfen, die Räumung von Camps, die Gestaltung von Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum, die das Schlafen auf diesen verunmöglicht (defensive design), Schikane durch die Polizei – all dies signalisiert nicht nur

28.07.1993

Hans-Georg Jakobson



- Getötet von Neonazis

Niemand ist vergessen!
Nichts ist vergeblich!

den Betroffenen, sondern auch (potentiellen) Täter*innen: »Obdachlose haben kein Recht, hier zu sein!« Und es zeigt auch, dass sozialdarwinistische Einstellungen eben nicht nur ein Problem der extremen Rechten sind.

Fazit

Sozialdarwinistische Ideologien haben eine lange Tradition und sind auch heute noch stark verankert. Es braucht eine Auseinandersetzung mit diesen Kontinuitäten und eine Aufarbeitung der Verbrechen gegen Obdachlose und andere von Sozialdarwinismus Betroffene im Nationalsozialismus und in der Zeit nach 1945. Bis heute haben

die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung als »Asoziale« keine Entschädigung erhalten. Und auch die Auseinandersetzung mit den »Baseballschlägerjahren« steht noch am Anfang.

Die Gewalttaten, die bis heute gegen Obdachlose verübt werden, müssen zum einen als rechte Gewalt und zum anderen als Produkt einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung verstanden werden. Nur so können wir das Problem verstehen, uns gegen diese menschenverachtenden Einstellungen einsetzen und dem Ziel einer Gesellschaft, in der alle ein gutes Leben ohne Angst führen können, näher kommen. Das Gedenken an Hans-Georg Jakobson ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

1 — Auf der Website des Opferperspektive e. V. werden zudem zehn weitere Verdachtsfälle aufgeführt. Darüber hinaus gibt es sicherlich ein großes Dunkelfeld. Zudem ist in manchen Fällen davon auszugehen, dass sozialdarwinistische Einstellungen tatbefördernd gewirkt haben, wie beispielsweise im Fall von Marinus Schöberl.

2 — Teidelbaum, Lucius: Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus. Rechter Rand, Band 13, Unrast, Münster 2013, S. 26.

3 — Zick, Andreas: Herabwürdigungen und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte. In: Andreas Zick, Beate Küpper und Franziska Schröter (Hg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Dietz, Bonn 2021, S. 190 f.

4 — Pollich, Daniela: »Gelegenheit macht Opfer«? Tatörtlichkeiten und Tatsituationen von Kriminalität gegen wohnungslose Menschen. In: wohnungslos. Aktuelles aus Theorie und Praxis zur Armut und Wohnungslosigkeit 62, 2/2020, S. 45.

Obdachlos in Strausberg

Perspektiven von Johannes

Bahnhofsplatte Lichtenberg, April 2023.

Ich treffe Johannes. Er ist 36 Jahre alt und lebt seit acht Jahren ohne festen Wohnsitz. Er ist wohnungslos.

»Ich sage immer, ich bin halt einfach da, wo's gerade am wenigsten Scheiße ist. Scheiße machen Menschen.«

Johannes hält seine Orte sauber. Ihn nerven Umweltverschmutzung durch Kippenstummel, Verpackungsmüll und falsche Abfalltrennung. Orte hat er viele. Ich treffe ihn in Lichtenberg, er lebt aber über das Jahr verteilt, mal in Zossen, mal in Ludwigsfelde, mal in Klein Köris, früher auch mal in Strausberg. Was alle seine Orte eint: Überall begegnen ihm Ablehnung, Hass und Gewalt. Egal ob Hauptstadt oder ganz weit draußen. Sozialdarwinismus überall.

Sozialdarwinismus bezeichnet eine menschenverachtende Perspektive auf Randgruppen der Gesellschaft und sozial Schwächere. Für die Landeskriminalämter ist Sozialdarwinismus ein Merkmal politisch rechtsradikal motivierter Kriminalität.

Johannes erzählt mir heute über seine Erfahrungen mit Sozialdarwinismus mit besonderem Fokus auf Strausberg.

Sein Ort in der grünen Stadt am See: das Lüftungsgitter vor einem Supermarkt.

»Da gibt es viele großzügige Leute. Apfel, Sandwich, Wasser, Kleingeld. Das war super.

So was ist immer der Hügel der Achterbahn. Da muss man halt einfach mal kurz ausblenden, dass selbst die Netten die Nase rümpfen und nie zurück hallo sagen. Der Tiefpunkt der Achterbahn kam meistens nachts. Ich habe es mir auf einer Bank in der Nähe bequem gemacht. Die Nachtschwärmer mit ordentlich einem im Tee waren die einzigen Wachmacher.

Anspucken, anpinkeln, anschreien, Flasche über mir ausleeren, schubsen, alles. Der Mond ist einer von meinen Zeugen. Die sagen aber alle nichts. Egal ob Mensch oder Mond. Keiner macht den Mund auf, nicht für mich. Ich glaube, selbst wenn sie mich am Tage aufschneiden und ausbluten lassen würden, aufgehängt an der nächsten Laterne, alle würden schweigen und emsig emsig weiterhuschen.

So ging das zwei Sommer. Jetzt bin ich weg da. Warum willst du wissen?

Das war im letzten Jahr vor Corona (2019). Da saß ich am See, hab' gemalt. Die Sonne war am tschüssi sagen. Von hinten hat mich einer gepackt und am Kragen festgehalten. Ich sollte aufstehen. Er war einer von fünf. Sie haben mich zuerst mit ruhiger Stimme lachend beleidigt. Das war wie die Hörspielkassette früher. Ich fand's ganz schön frech, kannte ich so aber schon.

Den Schlag in die Kniekehlen kannte ich nicht. Dann kniete ich. Jetzt fingen sie an zu schreien. Ich sei ein räudiger Parasit, ein scheiß Schmarotzer und ein beschissener Wichser. Dann

landete mein Kopf im Wasser. Immer und immer wieder. Seine Hand blieb an meinem Kragen. Ich dachte, es ist mein Tag zum Sterben. Meine Laune hat sich wesentlich gebessert, als ich eine Frau und einen Mann mit bellendem Hund hörte. Da passiert jetzt was. Da passiert jetzt richtig was.

Da ist aber nichts passiert. Ich hing wieder in der Luft. Frau, Hund und Mann hinter mir. Die

Typen hinter mir. Nichts, kein Wort, Gemauschel für 20 Sekunden. Dann weiter. Rein DU Raus SCHEISS Rein PENNER. Hat sich angefühlt wie 'ne Ewigkeit. Das letzte Raus kam irgendwann. Ich wurde auf den Sand geschmissen. Sie gingen, ich blieb liegen. Das war mein letzter Sommer in Strausberg. Nie wieder. Strausberg, die beschissene Stadt am See.«

Beteiligte Gruppen

Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Märkisch-Oderland

Eine Arbeitsgruppe des Alternativen Jugendprojektes 1260 e.V. – ehrenamtliche
Beratungsstruktur für Betroffene rechter Gewalt im Landkreis.
<https://www.horte-srb.de/ag-borg>

Junge Humanist_innen Märkisch-Oderland

Jugendorganisation des Humanistischen Regionalverbandes. Hier treffen sich
Jugendliche, die Lust haben ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen.
<https://humanistisch.de/juhu-mol>

S5-Antifa

Jugendantifagruppe in der S5-Region
s5-antifa@riseup.net

VVN-BdA Kreisverband Märkisch-Oderland

Die VVN-BdA ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes,
Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern, Antifaschistinnen und Antifaschisten aller
Generationen.
<https://www.mol.vvn-bda.de>

Diese Broschüre wurde ermöglicht durch die Förderung der Stiftung Demokratie von unten bauen.
<https://www.demokratie-von-unten-bauen.de/>
Wir bedanken uns für die Unterstützung.

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum des / der Absenders*in, bis sie der / dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie der / dem Absender*in unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre der / dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht persönlich ausgehändigten Teile, und nur diese, der / dem Absender*in unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

IMPRESSUM



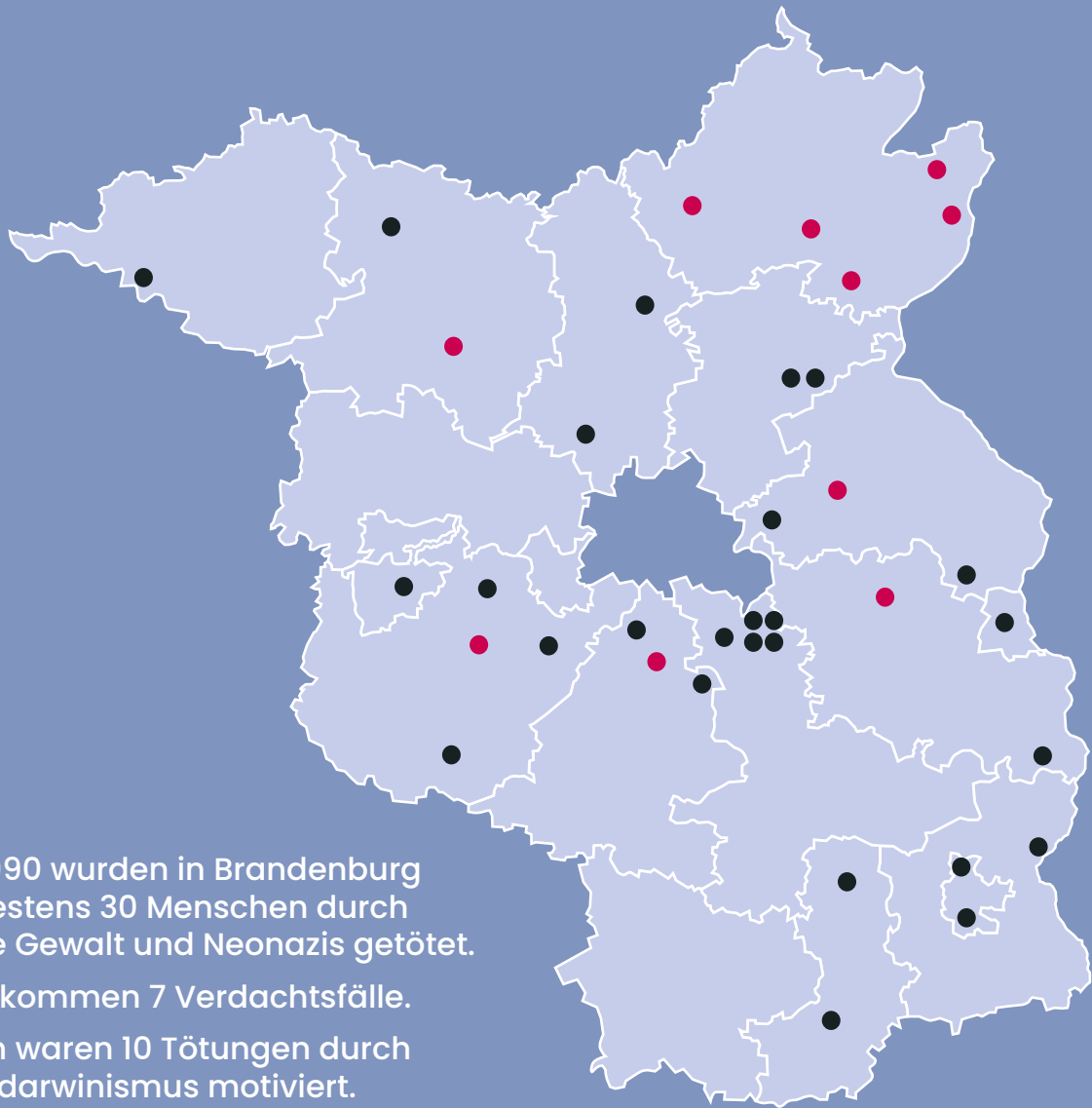
Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Märkisch-Oderland (BOrg) ist eine Arbeitsgruppe des Alternativen Jugendprojektes 1260 e.V.

Vertreten durch den Vorstand
Peter-Göring-Straße 25
15344 Strausberg

MAIL ag-borg@horte-srb.de
TELEGRAM 0163 386 75 82 oder @Borg_MOL

Inhalte und Meinungen in den Artikeln liegen in der Verantwortung der jeweiligen Autor*innen und müssen nicht die Ansichten des AJP 1260 e.V. wiedergeben.

LAYOUT BOrg
AUFLAGE 1000 Stück
STAND Juni 2023



Seit 1990 wurden in Brandenburg
mindestens 30 Menschen durch
rechte Gewalt und Neonazis getötet.

Hinzu kommen 7 Verdachtsfälle.

Davon waren 10 Tötungen durch
Sozialdarwinismus motiviert.

Niemand ist vergessen.

Nichts ist vergeben.